



Antrag

Vorlage: AT/0032/2024		Datum: 28.02.2024	
Verfasser:	08-Ratsfraktion Die LINKE-PARTEI	Az.:	
Betreff:			
Antrag der Fraktion Die LINKE-PARTEI: Städtischer Maßnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus			
Gremienweg:			
14.03.2024	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		ohne BE abgesetzt geändert
	öffentlich		

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat beschließt:

Der Maßnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus soll ein kommunales Handlungskonzept zum Schutze unserer Demokratie vor Ort und für das politische Miteinander sein.

Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Maßnahmen zu prüfen und die Kostenschätzungen für die einzelnen Maßnahmen vorzulegen:

Die Maßnahmen:

1. Förderung bestehender sowie der Aufbau neuer (zivil)gesellschaftlicher Projekte der Aufklärung, politischen Bildung und Beratung gegen Rechtsextremismus:
 - 1.1. Stärkung der Beratungsmöglichkeiten vor Ort. Es sollen gegebenenfalls neue Angebote der Beratung für Opfer und Betroffene rechter Gewalt, für Fachkräfte jeglicher Art (Kindergärten, Schulen etc.), für Institutionen städtischer Art als auch zivilgesellschaftlicher Organisationen, für Kinder und Jugendliche und für die Öffentlichkeit geschaffen sowie bereits bestehende Projekte stärker gefördert werden.
 - 1.2. Schaffung von politischen Bildungsmöglichkeiten z.B. für Angestellte der Stadt, Fachkräfte, Firmen und Vereine, Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Dazu gehört auch, die Gedenkarbeit und Förderung von Denkmälern für jegliche Opfer rechter Gewalt (z.B. am Zentralplatz oder Reichenspergerplatz). Weiterhin Aufklärung in Schulen, Firmen, Vereinen, Verwaltungen, etc.
2. Förderung von Projekten der Inklusion und des Interkulturellen Austauschs
 - 2.1. Das rechtsextreme Weltbild nährt sich insbesondere aus Abgrenzung von anderen Menschengruppen, wie Migrant*innen, Menschen anderen Glaubens, anderer Nation und anderer Hautfarbe. Um Kontaktängste abzubauen, benötigt es ein solidarisches Zusammenleben und die Möglichkeit sich als Bürger*innen auf

Augenhöhe zu begegnen. Deshalb sollen runde Tische geschaffen werden, mit dem Ziel insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch Menschen mit Behinderung, queere Menschen oder sonstigen marginalisierten Gruppen anzusprechen, um diese in die Gesellschaft besser zu inkludieren.

3. Beantragung von Drittmitteln und Förderungen, z.B. wie die schon etablierte Fördermöglichkeit über „Demokratie Leben!“ zur Einrichtung neuer bzw. die Förderung bestehender Institutionen.
 - 3.1. Zur Finanzierung neuer Organisationen und Förderung bereits bestehender Organisationen sollen Förderprogramme auf allen Ebenen selbst ausgeschöpft und auf diese gezielter Aufmerksam gemacht, aber auch kommunale Möglichkeiten geschaffen werden.
4. Vernetzung mit anderen Kommunen der Region um gemeinsam Maßnahmen umzusetzen.
5. Öffentlichkeit und Aufmerksamkeit für die Angebote und Maßnahmen schaffen.
6. Die Evaluierung der vorhergenannten Punkte und die Erarbeitung weiterer sinnvoller Maßnahmen gegen Rechtsextremismus.

Begründung:

Die Resolution für Demokratie und gegen Rechtsextremismus im Stadtrat darf kein bloßes Lippenbekenntnis bleiben. In der Resolution wird unsere Demokratie als wehrhaft beschrieben. Diese Verteidigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung aller Demokrat*innen soll mithilfe eines Maßnahmenkatalogs unterfüttert und somit Praxis werden.

Wichtig ist dabei vor allem, die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen, um auch die Teilhabe von Bürger*innen an einer lebhaften Demokratie zu stärken und zudem Organisationen, die sich mit Rechtsextremismus beschäftigen, mehr Spielraum und Möglichkeiten zu bieten.

Die politische Bildung der Bürger*innen, insbesondere wenn sie Fachkräfte z.B. in Schulen oder Kitas sind, ist ein weiterer zentraler Punkt. Die Aufklärung von Fachkräften zum Thema rechtsextremer Ideologie führt damit zu einer Aufklärung von Kindern und Jugendlichen. Auch Angestellte der Stadt sollen durch Fortbildungen und Seminare weitergebildet werden, wodurch auch innerhalb der Stadtverwaltung für Rechtsextremismus sensibilisiert werden kann.

Weiterhin soll durch Inklusion marginalisierter Gruppen jeder Art das gesellschaftliche Zusammenleben und Miteinander der Bürger*innen gestärkt und Ausgrenzung verhindert werden.

Zusätzlich kann durch eine thematische Vernetzung mit anderen Städten die Wehrhaftigkeit in der Region gestärkt und Wissens- und Strukturaustausch betrieben werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Prüfung und Kosteneinschätzung durch Verwaltung

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Keine